

Deutschland.

Berlin, 28. März. Wiener Blätter, u. A. die „Presse“ und Wiener Korrespondenten in auswärtigen Zeitungen, u. A. in der „Leipziger Zeitung“, schreiben Oesterreich den Plan zu, im Verein mit Frankreich zu Gunsten der Wiederherstellung Polens aufzutreten. Die Nachricht klingt, wenn man die Lage der politischen Verhältnisse näher in Betracht zieht, etwas abentheuerlich und ist daher auch nicht recht glaubhaft. Die derartigen Ausstreuerungen hängen vielmehr wohl mit einer gewissen publizistischen Thätigkeit zusammen, die darauf gerichtet ist, Oesterreich als den Hort der nicht russischen slavischen Völkerschaften hinzustellen und damit auf die guten Dienste hinzuweisen, die es Polen leisten könne. Der Wiener Korrespondent der „Leipziger Zeitung“ meint sogar, daß wenn Frankreich und England, was nicht unmöglich sei, Schritte gegen die letzten, die Einverleibung Polens betreffenden Maßregeln thäten, Oesterreich nicht umhin könne, sich denselben anzuschließen. Es wäre in der That seltsam, wenn es den Vorantzen der Verträge von 1815 jezt, wo die Einverleibung Polens längst vollzogen ist und es sich nur noch um Durchführung von Formalitäten handelt, noch einfallen sollte, Schritte zu thun, die über bloße diplomatische Maßregeln hinausgehen müßten. Namentlich ist ein solches Vorgehen von England nicht zu erwarten, dessen Minister des Auswärtigen Lord Stanley in allen kontinentalen Fragen eine zuwartende Stellung anzunehmen pflegt. Interessant wird noch die Noth sein, daß der in London erscheinende „International“ besonders zu dem Zwecke gegründet ist, um auf die Gefahren, die Europa von Rußland drohen, hinzuweisen und auf die Gruppierung der nicht russischen slavischen Stämme unter der Regide einer Großmacht, also Oesterreichs, hinzuwirken, um Rußland einen Damm entgegen zu setzen. — Der Regierungsrath und Schulrath Wäpold in Breslau, ist zum Geh. Regierungsrath und vortragenden Rath im Kultusministerium ernannt worden. Wie man hört, wird derselbe neben dem Geh. Ober-Regierungsrath Stiehl das Elementar-Unterrichtswesen bearbeiten, in welchem bisher Stiehl allein das Decernat führte. Das Gebiet des Volksschulwesens hat in neuester Zeit so an Umfang gewonnen, daß sich schon vor längerer Zeit die Nothwendigkeit einer Anstellung eines Hülfarbeiters für dasselbe im Ministerium herausstellte. Diese provisorische Anordnung hat nun ihre definitive Erledigung durch die Berufung eines zweiten vortragenden Raths erhalten. — Zur hannoverschen Verwaltungsorganisation mag noch bemerkt werden, daß die Zahl der hannoverschen Beamter 100 beträgt, die für gewisse Funktionen zu 35 Kreisen vereinigt sind. Für diese Beamter sind also auch 100 Amtshauptleute ernannt worden, von denen 35 als Kreishauptleute fungiren. Aus der Namensliste ergibt sich, daß fast ausschließlich eingeborne hannoversche Beamte definitiv für diese Stellen ernannt sind. Außer den 4 bis 5 ausländischen Beamten welche schon bisher dort fungirt haben, traten nur zwei Beamte aus den alten Theilen der Monarchie in die hannoverschen Beamter, der Alterschaftsrath v. Pfucl, der schon seit der Diskussion in der Eislvverwaltung hannoversch thätig war, und der neuernannte Landrath Graf Pfeil in Neurode, der früher ein Kommissorium in Schleswig-Holstein hatte. Bei der Berufung der Kreishauptleute ist die Anciennität so viel als möglich berücksichtigt worden. — Wie früher bemerkt, ist das Verfassungswesen nicht Bundesangelegenheit, sondern der Spezialgesetzgebung der einzelnen Staaten vorbehalten und hat sich die diesseitige Regierung auch mit einer desfallsigen Vorlage bereits beschäftigt. Wenn in einigen Blättern in diesem behauptet wird, die Regierung sei mit der Ausarbeitung dieser Gegenstand betreffenden Gesetzentwürfe beschäftigt, so ist das dahin zu präzisiren, daß die beiden Gesetzentwürfe bereits ausgearbeitet und beim Staatsministerium in Circulation gesetzt sind. — Der bereits öfter in den Zeitungen erwähnte Vertrag, durch welchen die hessische Nordbahn an die bergisch-märkische Eisenbahn-Gesellschaft übergeht, liegt jezt der Allerhöchsten Genehmigung vor, durch denselben wird den Aktionären eine feste Rente von 5 Prozent gewährt. — Ueber die Anlage von Austerlitz-Bänken an der preussischen Nordsee-Küste wird zur Zeit an maßgebender Stelle verhandelt. Es scheinen sich indessen Schwierigkeiten dagegen zu erheben, da die Austerlitz-Bänke selbst kontraktlich noch auf mehrere Jahre verpachtet ist und es noch nicht feststeht, daß die neuen Anlagen nicht auch von den Pächtern besetzt werden können. — Das landwirthschaftliche Museum wird in diesen Tagen eine Sammlung von Gegenständen aus der Pfahlbau-Periode erhalten, welche der in Voigt'schen Vorlesungen wiederholt erwähnte Meißkommer aus Regensburg, die er in Rothenhausen gesammelt, zusammengestellt hat. Es sind dies Knochen von Hausvögeln und Wild, Stein-geräthen u. s. w.

Berlin, 29. März. Sr. Maj. der König und H. H. der Prinz und die Prinzessin Karl, die Prinzessin Friedrich Karl und andere Fürstlichkeiten wohnten am Sonnabend Abends der italienischen Opern-Vorstellung im Victoria-Theater bei. Darauf fand Abgeschiedenheit im königlichen Palais statt. — Sonntag brachte Sr. Maj. der König im Arbeitszimmer zu, empfing Mittags den Besuch Sr. Durchlaucht des Fürsten Reuß j. L., ertheilte Audienz und machte hierauf eine Ausfahrt. Um 5 Uhr war bei den Majestäten Familientafel, an welcher auch Sr. K. Hoh. der Prinz August von Württemberg, H. H. der Prinz Heinrich von Hessen, der Herzog Eitelmar von Oldenburg, Sr. Durchl. der Fürst Reuß theilnahmen.

— Sr. Majestät empfing gestern Morgens den kommandirenden General des 9. Armeekorps, v. Manstein, nahm hierauf den Vortrag des General-Adjutanten v. Treckow entgegen und hielt 11 Uhr Vormittags, umgeben von den Prinzen, der Generalität, den Militärbevollmächtigten u. s. w., die Parade über die hier garnir-

fontrenden Kavallerie-Regimenter Unter den Linden ab. Während des Vorbeimarsches an der Blücherstatue befanden sich die Königin und die übrigen hohen Frauen an den Fenstern des Prinzessinnen-Palais. Nach beendeter Parade nahm der König die Meldungen der zur Kriegs-Akademie und zur vereinigten Artillerie- und Ingenieurschule kommandirten Offiziere, etwa 300 an der Zahl, entgegen und fand hierauf ein Dejeuner von einigen 80 Gedecken statt. Nachmittags hatten der Geheimen Rabinetsrath v. Mühl, der Geheimen Hofrath Vord und der Ministerpräsident Graf Bismarck Vortrag, und machte dann der König eine Ausfahrt.

— Sr. Majestät der König hatte Sonnabend Mittags eine längere Unterredung mit dem aus Petersburg hier eingetroffenen russischen Votschafter in Konstantinopel, General-Adjutanten von Ignatjew und wurde derselbe auch zum Dejeuner geladen. Der Votschafter begiebt sich von hier auf seinen Posten nach Konstantinopel zurück.

— J. Maj. die Königin Augusta hat zu der Sammlung für die nothleidenden Juden in Ostpreußen 25 Friedrichsd'or beigeschickt und diese dem Herrn A. M. Heymann zugehen lassen.

— J. H. die Frau Herzogin von Sachsen-Altenburg kommt am Dienstag Abends auf einige Tage zum Besuch an den königlichen Hof.

— Der Finanzminister hat jezt die Abrechnung über die gemeinschaftlichen Uebergangsabgaben von Tabakfabrikanten und Tabakfabrikanten für das Jahr 1867 aufgestellt und zwar nach drei Zeitabschnitten, nämlich vom 1. Januar bis 14. Juli, vom 14. Juli bis 15. November und vom 15. November bis Ende Dezember. Es sind diese Abschnitte erforderlich gewesen, weil mit dem 15. Juli der freie Verkehr mit Tabakfabrikanten und Tabakfabrikanten auch mit Nassau, Frankfurt a. M. und den früher hessischen und bayerischen Gebietsheilen und seit dem 15. November mit der preussischen Provinz Schleswig-Holstein begann. Es sind aus dem ersten Abschnitt 68,249 Thaler, aus dem zweiten 46,877 Thaler und aus dem dritten 18,296 Thaler zur Vertheilung gekommen.

— Ueber die Wahl der Mitglieder zur Prüfung des Gesetzentwurfes über die Verwaltung des Bundes-Schuldenwesens haben sich die verschiedenen Parteien des Hauses insoweit geeinigt, das in dieselbe gewählt werden sollen: die Abg. Miguel (welcher in der vorigen Session den Antrag auf Verantwortlichkeit der Mitglieder der Bundes-Schulden-Kommission gestellt hatte), Hagen, Runge und Frhr. v. Roon.

— Die Fortschrittspartei beabsichtigt der „Zukunft“ zufolge einen Antrag einzubringen, welcher die Ausdehnung des preussischen Genossenschaftsgesetzes auf das ganze Gebiet des norddeutschen Bundes auspricht, da besonders in den kleineren Staaten fortwährend Widersprüche und Unzuträglichkeiten in der Behandlung des Genossenschaftswesens zu Tage treten.

— Durch die jüngst erfolgten Ernennungen der Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt und Reuß jüngerer und älterer Linie zu Generalen finden sich nunmehr, mit alleiniger Ausnahme des sächsischen Königs, sämtliche übrigen Fürstlichen Familien der norddeutschen Bundesstaaten durch einen hohen militärischen Rang einnehmende Mitglieder in der preussischen Armee vertreten.

— Den größten Theil der Schuld an den Katastrophen auf dem „Leibnitz“ und dem „Erd Bruggam“ hat man bekanntlich — ob mit Recht oder Unrecht, läßt sich erst nach geschlossener Untersuchung entscheiden — auf den Mangel eines Arztes an Bord dieser unglücklichen Schiffe geschoben. Dem hier gegründeten Vereine zum Schutze deutscher Auswanderer muß es nun bereits gelungen sein, von einzelnen Abtheilungen in dieser Beziehung befriedigende Zugeständnisse zu erlangen, denn, wie wir hören, bemüht sich derselbe gegenwärtig darum, jüngere promovirte Aerzte für die im nächsten Monat von Hamburg abgehenden Schiffe zu engagiren. Berlin hat einen solchen Ueberfluß an unbeschäftigten Aerzten, daß schon allein von hier aus Offerten in ausreichender Zahl eingehen dürften. Ein dauerndes Engagement soll nicht verlangt werden, vielmehr soll die Absicht vorliegen, mit den Betreffenden vorläufig nur auf eine oder zwei Reisen abzuschießen. Daß Aerzten, welche sich bereits als „serfess“ erprobt haben, der Vorzug gegeben wird, versteht sich von selbst.

— Für die bevorstehende Nachwahl zum Reichstage in Reichenbach ist von der liberalen Partei der Rechtsanwalt Lent in Breslau als Kandidat aufgestellt. Von der andern Seite veröffentlicht der Landrath Clearius folgende Erklärung: „Es ist von mehreren Seiten die Absicht ausgesprochen worden, mich als Kandidaten für die am 4. I. M. abzuhaltende Nachwahl zum Abgeordnetenhaus aufzustellen. Es hat nun der Ausfall der letzten Wahl gezeigt, daß es mir in meiner fast zwanzigjährigen Verwaltung des Kreises nicht gelungen ist, das Vertrauen oder die Zuneigung der Mehrzahl derjenigen, welche als Wahlmänner fungiren, zu erwerben. Ich habe während meiner Verwaltung freilich vielen unbefugten Ansprüchen und unberechtigten Wünschen entgegengetreten müssen. Ich habe aber auch solche gegen mich stimmen sehen, mit denen ich in verglichen amtliche Verührung nicht gekommen bin, und deren Abneigung daher in anderen Gründen, welche sich meiner Beurteilung entziehen, zu suchen ist. Es läßt sich nicht annehmen, daß die Ansichten der Herren Wahlmänner sich geändert haben, und ich bitte deshalb alle diejenigen, die sich für meine Wahl früher interessiert haben, und dieselbe auch jezt fördern würden, von meiner Kandidatur gänzlich abzusehen.“ — Reichenbach, den 25. März 1868. Clearius, Landrath.

Berlin, 28. März. Norddeutscher Reichstag, 4. Sitzung. An den Tischen des Bundesrathes sind anwesend: der Bundeskanzler Graf Bismarck, Präsident von Delbrück und mehrere Vertreter der verbündeten Regierungen. — Die Tribünen sind mäßig besetzt.

Präsident Simson verliest eine lange Reihe von ihm bewilligter

Urlaubsgesuche; auch das Haus genehmigt eine große Anzahl Urlaubsgesuche auf längere Zeit. — In Betreff des Gesuches des Abg. Windhorst, der „wegen dringender Geschäfte“ 14 Tage Urlaub erbittet, beantragt Abg. v. Vinde (Mörs) die Ablehnung des Gesuches aus denselben Gründen, aus denen das Haus dem Abg. Dübberg den Urlaub verweigert habe. — Die Majorität entscheidet sich jedoch für Bewilligung des Urlaubs. — Auch gegen die Urlaubsbewilligung der Abgeordneten Mammen, Günther, Landgraf und v. Hammerstein erhebt sich Widerspruch, die Majorität bewilligt jedoch den Urlaub. — Der Präsident theilt sodann die bekannten Resultate der Schriftführer- und Kommissionswahlen mit und macht Vorschläge über die geschäftliche Behandlung der eingegangenen Vorlagen: das Gesetz, betreffend die Unterfügung bedürftiger Familien zum Dienste einberufener Mannschaften der Ersatzreserve wird zur Schlussberatung gestellt und Abgeordneter Dr. Friedenthal zum Referenten ernannt; dasselbe wird beliebt bezüglich des Vertrages für Nordamerika, betreffend die Staatsangehörigkeit (Referenten Meier (Bremen) und Dr. Schleiden), des Freundschafts- und Handelsvertrages mit der Republik Liberia (Ref. Abg. Köh), und der 4 Polverträge. In Betreff der letzteren macht Abg. Twesten darauf aufmerksam, daß sie zum Theil schon seit dem 1. Januar d. J. in Kraft getreten sind, daß das Haus also nicht mehr in der Lage ist, sie zu ändern, sondern sie nur einfach anzunehmen oder abzulehnen, in welchem Fall die Form der Schlussberatung sich am Besten empfiehlt. — Das Gesetz, betreffend die Aufhebung der politischen Beschränkungen bei Übersiedlungen wird einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen, ebenso das Gesetz betreffend die Verwaltung des Bundes-Schuldenwesens, nachdem der Vorschlag des Grafen Schwerin, das Gesetz der Finanz-Kommission zu überweisen, in Folge mehrfach erhobenen Widerspruches zurückgezogen worden.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlussberatung über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Haushalts-Etats des norddeutschen Bundes für 1868. Der Entwurf lautet: §. 1. Die nach dem Gesetze, betreffend die Feststellung des Haushalts-Etats des norddeutschen Bundes für das Jahr 1868, vom 30. Oktober 1867 zu entrichtenden einmaligen und fortlaufenden Pensionsbeiträge bleiben unverändert. §. 2. Die für das Jahr 1868 bereits erhobenen fortlaufenden Pensionsbeiträge, sowie die einmaligen Pensionsbeiträge von Gehältern oder Gehaltszulagen, welche vom 1. Januar 1868 oder einem späteren Tage ab bewilligt sind, werden zurückerstattet. — Referent v. Bodum-Dollfus empfiehlt unveränderte Annahme. Die Aufhebung des Einziehens der Pensionsbeiträge stellt sich nach allen Seiten hin als eine Forderung der Gerechtigkeit dar. Man soll nicht mit der einen Hand nehmen, was man mit der andern gab. Für den Bund aber empfiehlt sich diese Aufhebung um so mehr, als seit Beginn dieses Jahres auch in Preußen die Pensionsbeiträge in Wegfall gebracht sind. — Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte unverändert angenommen. — Es folgt die Schlussberatung über den bekannten Antrag der Abg. Twesten, Lasker und Genossen an Abänderung der Geschäftsordnung. — Von Seiten der Linken ist eine Anzahl Amendements eingebracht, deren wesentlichste sich auf die Behandlung des Bundes-Etats und auf den sofortigen Eintritt der namentlichen Abstimmung bei zweifelhafter Probe und Gegenprobe beziehen. Außerdem liegt ein Amendement des Abg. Graf Eulenburg und eine Reihe von Anträgen auf Abänderung anderer Punkte der Geschäftsordnung vor, die jedoch vom Präsidenten als mit dem Twesten'schen Antrage nicht unmittelbar zusammenhängend von der Diskussion ausgeschlossen werden. Endlich beantragen die Abg. v. Wedemeyer und Gen. den Antrag Twesten-Lasker nebst den dazu gestellten Amendements einer Kommission zur Berichterstattung zu überweisen. — Gegen diesen letzteren Antrag erklärt sich der durch den Telegraphen aus Dresden citirte Referent Abg. Schwarz: Der dafür geltend gemachte Grund, daß der in der vorigen Session erhaltene Kommissionsbericht vielen Mitgliedern nicht vorliege, sei in keiner Weise stichhaltig. Die Motive jenes Berichtes liegen sich, kurz zusammengefaßt, der Versammlung schnell vorführen; die Angelegenheit wieder einer Kommission überweisen, heiße nichts anderes, als dieselbe ad Graecas Calendas vertagen und dies lasse sich um so weniger rechtfertigen, als man dem bevorstehenden Zollparlament doch mit einer möglichst brauchbaren Geschäftsordnung entgegenzutreten müsse.

Abg. Wagener (Neustettin): Einzelne Punkte des Twesten-Lasker'schen Antrages erkenne ich als Verbesserungen an, andere würde ich annehmen, wenn sie anders formulirt und gruppiert wären; im Ganzen aber kann ich dem Antrage meine Zustimmung nicht geben. Ich wünsche denselben durch eine Kommission sachlich beleuchtet, damit die Abänderung auch eine wirkliche Verbesserung werde. Die Herren Antragsteller scheinen das englische Parlamentsverfahren als Muster genommen und die Absicht gehabt zu haben, dies auf unsere Verhältnisse zu übertragen, ohne zu berücksichtigen, daß dieselben von den englischen weit verschieden sind. — Der Redner geht hierauf auf das Materielle des Twesten'schen Antrages näher ein, wird jedoch vom Präsidenten wiederholt darauf hingewiesen, daß es sich vorläufig nur um den Wedemeyer'schen Antrag handle. — Abgeordn. Wagener (geizig): Ich kann meine Ausführungen für den letzteren nur durch ein sachliches Eingehen auf die Hauptfrage begründen. Wenn mir dies nicht gestattet wird, so werde ich für jezt den Twesten'schen Antrag pure ablehnen und meine Ausführungen bei späterer Gelegenheit wieder aufnehmen. — Präsident Dr. Simson: Das würde mir auch aus Annehmlichkeit sein. (Weiterkeit). — Der Abg. Wagener verläßt die Tribüne.)

Abg. Dr. Waldeck (für Ueberweisung an eine Kommission): Der Herr Referent hat als Grund für die sofortige Schlussberatung die Nothwendigkeit geltend gemacht, dem bevorstehenden Zollparlament mit einer möglichst brauchbaren Geschäftsordnung entgegenzutreten. So sehr ich dies auch als wünschenswerth anerkenne, so halte ich es doch für erforderlich, daß wir selbst diese neue Geschäftsordnung erst aus der Praxis genauer kennen und zwar um so mehr, als die Abgeordneten der süddeutschen Staaten an theilweise ganz verschiedene und abweichende Geschäftsordnungsbestimmungen gewöhnt sind. Sobald aber scheint mir der vorliegende Entwurf auch materiell nicht genügend; er enthält Stellen, die nicht das sagen, was sie ausdrücken sollen, und schon das Dasein der gestellten Amendements würde eine Ueberweisung an die Kommission rechtfertigen, die ich Ihnen dringend empfehle. — Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) erklärt sich gleichfalls für eine Kommission unter der Voraussetzung, daß man dieselbe neu wähle, daß ihr alle auf Abänderung der Geschäftsordnung eingegangenen Anträge überwiesen werden und daß sie die ganze Geschäftsordnung einer Totalrevision unterwerfe. Der Twesten'sche Antrag helfe zwar einigen wesentlichen Mängeln ab, sei aber lange nicht ausreichend. Es sei noch eine große Anzahl von Punkten, die geändert werden müßten; so bedürften die Wahlprüfungen einer neuen Regelung, die Beschlußfähigkeit des Hauses müsse auf eine geringere Zahl von Mitgliedern herabgesetzt werden u. s. w. Der vorliegende Antrag entspreche auch nicht einmal seinem Zweck; namentlich sei der erste Theil desselben bedenklich, da er die Beratung nur komplizirter mache. Die Ueberweisung an eine Kommission sei deshalb dringend zu empfehlen.

Abg. Twesten: Durch die Annahme des Wedemeyer'schen Antrages würden Sie Ihren früheren Beschluß über die geschäftliche Behandlung meines Antrages vollkommen aufheben. Jedenfalls halte ich es für nothwendig, in die Generaldebatte über die Hauptfrage einzutreten, ehe über die Ueberweisung an eine Kommission beschloffen wird, da der Abg. Wagener selbst bewiesen hat, daß es unmöglich ist, den Wedemeyer'schen Antrag zu diskutieren, ohne die Hauptfrage sachlich zu berühren. Die für die Ueberweisung geltend gemachten Gründe haben mich von der Möglichkeit einer solchen Maßregel nicht überzeugen zu können; der Abg. Waldeck ist immer ein Freund der Kommissionsberatungen gewesen, ich halte eine solche, wenn sie nicht dringend erforderlich ist, für einen Mangel der parlamen-

tarischen Behandlung. Gerade jetzt haben wir noch Zeit, die gestellten Anträge im Plenum mit Ruhe durchzusehen, später wird uns dieselbe knapp zugemessen sein, ich bitte Sie deshalb, auf eine Vertagung der Angelegenheit nicht einzugehen. — Der Antrag des Abg. v. Wedemeyer wird in der hierauf folgenden Abstimmung mit geringer Majorität angenommen. — Präsident Simson stellt nunmehr die Frage zur Erörterung, ob eine neue Kommission gewählt werden oder die Anträge der gewählten Geschäftsordnungs-Kommission übergeben werden sollen. — Abg. Wedemeyer wünscht eine neue Kommission. — Abg. Braun (Wiesbaden) wünscht die Geschäftsordnungs-Kommission noch durch einige Mitglieder verstärkt zu sehen. — Abg. v. Ullrich: Wozu haben wir denn gestern eine Geschäftsordnungs-Kommission gewählt, wenn wir gleich den ersten Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung einer neuen Kommission übergeben wollen? Auch die Verstärkung der Kommission ist nicht anzurathen; 14 Mitglieder arbeiten besser und präziser als 21. — Abg. v. Bernuth: Als Vorsitzender der Geschäftsordnungs-Kommission möchte ich bitten, derselben doch nicht gleich a priori ein Misstrauensvotum zu geben. Ich schließe mich dem Abg. von Ullrich an. — Abg. Braun zieht seinen Antrag zurück; die Anträge werden der schon gewählten Kommission übergeben.

Nächste Sitzung Montag 12. März. Tagesordnung: Wahlprüfungen. **Königsberg**, 28. März. Dem Vernehmen nach ist auf Antrag des Oberpräsidenten noch eine halbe Million zur Beschaffung von Saatgetreide für die Nothstandsdistrikte bewilligt worden.

Darmstadt, 28. März. In der Abgeordnetenversammlung wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, welcher beantragt, daß auf die neuen oberhessischen Eisenbahn-Aktien nur 25 pCt. statt der nach dem Handelsgesetze erforderlichen 40 pCt. eingezahlt werden sollen.

Mugsburg, 28. März. Der „Allgemeinen Zeitung“ wird über die Unruhen zu Traunstein telegraphirt, daß die heutige Kontrollversammlung der Landwehr durch aufrührerische Austritte vereitelt wurde. Generalmarsch wurde geschlagen und die Aufreger-Acte verlesen — aber vergeblich. Das Rathhaus wurde demolirt. Häuser und Läden der Stadt wurden geschlossen und die Gensd'armen arg gemißhandelt. Die Behörden requirirten Militär von München. — Auch in Großberg kam es zu ähnlichen Exzessen. Die Aufreger führten die Losung: „Wir wollen nicht Preussisch schwören.“

München, 28. März. Zu Traunstein in Oberbayern haben anlässlich der Landwehr-Kontrollversammlungen Widersehligkeiten stattgefunden, so daß militärische Hülfen ausbezogen werden mußte. — König Ludwig I. hat in seinem Testament über seinen Nachlaß zur Begründung von Fideikommissen zu Gunsten der Prinzen Luitpold und Adalbert verfügt.

Ausland.

Wien, 28. März. Die heutigen Abendblätter melden, daß die Gerüchte, wonach die Krone sich im Widerspruche mit den Beschlüssen des Reichsrathes bezüglich des Ehegesetzes befinde, unbegründet seien. Der „Neuen freien Presse“ zufolge wird jedoch die Sanction des Gesetzes durch den Kaiser erst nach der parlamentarischen Erledigung des Schul- und Interkonfessionellen Gesetzes erfolgen.

— Das Herrenhaus hat die Regierung zur Forterhebung der Steuern bis Ende Juni ermächtigt.

Wien, 29. März. Das „Freundensblatt“ bestätigt, daß Erzherzog Ludwig Viktor sich nach Florenz begeben wird, um der Hochzeit des Kronprinzen Humbert beizuwohnen.

Brüssel, 28. März. Es wird hier das Erscheinen einer Broschüre angekündigt, welche angeblich im Palais Royal ihren Ursprung haben soll. Der Titel ist: „Polen, Frankreich und der Prinz Napoleon“ und das Motto enthält die vom Prinzen im Ernste gesprochenen Worte: „Ich habe immer ein Herz für Polen gehabt.“ Die neuesten Depeschen aus Charleroi lassen eine Erneuerung der Unruhen befürchten. Bewaffnete Arbeiter sammeln sich scharenweise in der Nähe des Kohlenbergwerks Banlet und auch in den Bergwerken der Provinz Namur entwickelt sich eine Agitation. Ein Theil des königlichen Leibgarde-Regiments ist von Brüssel dahin abgegangen.

— Die Ordnung in den Kohlenbriketten von Charleroi wird mehr und mehr wiederhergestellt. Dagegen wird von bedenklichen Agitationen unter der Arbeiterbevölkerung der Provinz Namur berichtet. Es sind Truppenbewegungen dorthin erfolgt, um Unruhen vorzubeugen.

Brüssel, 29. März. Nach hier eingegangenen Meldungen sind seit gestern in Charleroi neue Aufständungen vorgekommen. Die Kavallerie war genöthigt, zwei Mal gegen die Aufreger vorzugehen, wobei zahlreiche Verwundungen vorgekommen sind.

Paris, 28. März. „Etenbard“ glaubt zu wissen, daß die Regierung von der Absicht, den geschehenden Körper aufzulösen, nunmehr vollständig zurückgekommen sei.

— In diplomatischen Kreisen wird berichtet, daß der Erzherzog Ludwig Viktor als Vertreter des Kaisers von Oesterreich den Vermählungsfeierlichkeiten des Kronprinzen von Italien beizuwohnen werde.

Paris, 29. März. Der „Moniteur“ bringt einen Bericht des Kriegeministers Marschal Niel über die Organisation der mobilen Nationalgarde. Der Effectbestand derselben wird voraussichtlich 550,000 Mann und die äußerste Stärke jedes Bataillons 2000 Mann betragen.

Nizza, 28. März. Der Großfürst Thronfolger hat gestern die Behörden der Stadt zur Tafel gezogen. Der Präfect complimentirte den Großfürsten Namens des Kaisers. Der Garterwisch antwortete, indem er sein Bedauern darüber ausdrückte, nicht nach Paris gehen zu können, um die Majestäten zu begrüßen. Der Großfürst ist heute Nachmittag um 3 Uhr abgereist; er wird 24 Stunden in Stuttgart verweilen.

Florenz, 28. März. In der Deputirtenkammer schlugen verschiedene Abgeordnete Tagesordnungen und Amendements in Betreff des Maßsteuergesetzes vor und begründeten ihre Anträge.

— In parlamentarischen Kreisen gilt die Annahme des Maßsteuergesetzes für äußerst unsicher. — Die Aufregung unter den Studenten der Universitäten in Turin und Bologna dauert fort; ein Theil derselben hat beschlossen, an den Vorlesungen nicht mehr Theil zu nehmen.

Rom, 28. März. Heute veranstaltete die archäologische Akademie von St. Lucie in der gleichnamigen Kirche eine solenne Todtenfeier für den verstorbenen König Ludwig von Baiern. Viele Kardinäle, Diplomaten und andere Personen von Rang wohnten der Feier bei.

Wymouth, 28. März. Der Westindien-Dampfer „Douro“ ist heute mit 660,596 Dollars in Contanten hier eingetroffen. Nachrichten zufolge, welche er aus Neu-Seeland bringt, haben dort

furchtbare Stürme und Ueberschwemmungen großen Schaden angerichtet. Schiffe sind gescheitert; Felder, Brücken, Häuser, Straßen sind verwüstet; der Verlust wird auf 500,000 Pfd. Sterl. geschätzt. — Auch ein Erdbeben ist fühlbar gewesen, ohne jedoch erheblichen Schaden zu verursachen. — Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Chili und Peru werden wahrscheinlich durch die im letzteren Lande ausgebrochene Revolution nicht beeinträchtigt werden. In Lima und Callao grassirt das Fieber. Auf den westindischen Inseln ist der Gesundheitszustand besorgend.

Riga, 27. März. Vom Kap Domesnäs wird vom gestrigen Datum gemeldet, daß der Meerbusen voll Eis sei, jedoch in westlicher Richtung nur am Horizontes Eis sich zeige, auch ein Dampfer und ein Segelschiff in Sicht seien.

Konstantinopel, 28. März. Das Gerücht über eine bevorstehende Ersetzung Hydar-Effendi's als Gesandten der Pforte in Wien ist unrichtig. Heute hat ein Ministerrath unter dem persönlichen Vorsitz des Sultans stattgefunden.

Alexandrien, 28. März. Die Versammlung der ägyptischen Repräsentanten wurde am Montag vom Vice-König mit einer in arabischer Sprache gehaltenen Rede eröffnet.

Bombay, 7. März. Es wird allgemein geglaubt, daß nach Ablauf des jetzigen Chartertermins die Zahl der für Zwecke der abyssinischen Expedition in Anspruch genommenen Schiffe sehr bedeutend reduziert werden wird. — Die Ordre über Erhöhung des Befehlportos ist widerrufen worden.

Calcutta, 2. März. Das mit der Berichterstattung betrefende des Brückenbaues über den Deltastrom Hugli beauftragte Comité hat sich über die dadurch in Aussicht gestellte Verbindung der großen „Ostindischen Bahn“ mit der „östlichen Bengalen-Eisenbahn“ im Sinne des Regierungsplanes ausgesprochen. — In einem regierungsfreundlichen Schriftstück wird auf den mißlichen Umstand als unzulässig hingewiesen, daß der Regierung des Mutterlandes die für die abyssinische Expedition benötigten indischen Truppen „umsonst“ überlassen würde. Dies würde einen gefährlichen Präcedenzfall begründen.

Newyork, 14. März. Das Comité für Mittel und Wege hat durch Herrn Schend, Mitglied des Repräsentantenhauses, ein separate Bill eingebracht, durch welche die Steuer auf alle Fabrikate, mit Ausnahme von Spirituosen, Weinen, Gas, Petroleum, Tabak und Cigarren abgeschafft wird. Im Hause wurde die Bill bereits am 10. d. Mts. mit nur zwei Stimmen dagegen angenommen und erwartet man auch von Seiten des Senates promptes Vorgehen, um so den Fabrikinteressen unverzügliche Hülfe angedeihen zu lassen. Das Gesetz soll vom 1. Mai 1868 an in Kraft treten.

General Hancock hat die Wahl im Staate Louisiana für den 17. und 18. April festgesetzt. Der General hat wegen der zwischen ihm und dem General Grant entstandenen Differenzen seine Entlassung verlangt. Gewährt der Präsident ihm dieselbe, so wird er ihn wohl an die Spitze des neu von ihm freitren atlantischen Departements, für welches Sherman und Thomas sich bekannten, stellen. Hancock erscheint immer mehr in eigenthümlichen Licht. Durch die Feuerleute von New-Orleans wurde erst Jefferson Davis und dann ihm eine Ovation dargebracht, und Tags darauf will man diese beide Herren zusammen im Wagen gesehen haben. Durch die von ihm gemachten Anstellungen, wobei stets ungeheuerliche Reibereien hervorgerufen wurden, ist in der Stadt eine solche Verwirrung entstanden, daß das Papiergeld von New-Orleans um 25 Prozent im Werthe sank, und daß der Mayor jener Stadt in einer Proclamation auffordern mußte, sich durch die Wirtschaft des Generals nicht zu öffentlichen Aufrührungen hinreißen zu lassen. Der Präsident legt mit seinen Ausrufen keine Ehre ein.

Pommern.

Stettin, 30. März. Während der Zeit vom 22. bis incl. 29. d. Mts. sind aus unserer Provinz und einigen benachbarten Kreisen überhaupt 476 Personen ausgewandert. Diese Zahl vertheilt sich auf die einzelnen Kreise wie folgt: Arnswalde 8, Dramburg 30, Cammin 16, Jüstenthum 70, Greifenberg 82, Lauenburg 12, Angard 68, Ruckstettin 56, Saag 38, Pyritz 25, Regenwalde 26, Stolp 8, Soldin 19, Wollin 18 Köpfe.

— Eine vielfach bestrafte äußerst routinirte Person, die verschiedene Privatsekreter Krämpfe, hat ihren vielseitigen Wirkungskreis neuerdings noch dahin erweitert, daß sie gewissen Personen auf Unterpfand Geld beschafft. Sie führt die ihr gegebenen Aufträge indessen in der Weise aus, daß sie regelmäßig fast nur die Hälfte des Pfandschillings an ihre Auftraggeber abführt und sind in diesen Tagen verschiedene derartiger Unterschlagungen zur Anzeige gekommen.

— Der königliche Kapellmeister Herr Fr. Delin giebt am Mittwoch, den 1. April, im großen Schützenhaussaale mit einer 42 Mann starken Kapelle ein Einsontekonzert, in welchem u. A. der zum Geburtstage Sr. K. H. des Prinzen Albrecht Sohn von Taubert komponirte Geburtstagsmarsch, die Lannhäuser-Ouverture und die Einsontekantate von Ulrich zum Vortrag kommen sollen.

Biegenort, 28. März. Heute 2 Uhr Nachmittags lief von der Werft des Schiffbauers Hrn. Bräunisch ein mit galvanisirt Eisenbolzen erbautes Brigasschiff von ca. 200 Last glücklich von Stapel. Zum Ablauf des Schiffes hatten sich per Dampfer Nymphe aus Stettin etwa 60 Gäste nach Biegenort begeben, und es fand das Schiff in form und solider Bauart allgemeinen Beifall. Das Schiff, welches für die Korrespondenz-Niederel des Herrn Albert Haber erbaut ist, wird von Kapitän Fr. Müller aus Lübben (früher Führer der Stettiner V. lgg. Willy) geführt werden und erhält in der Taufe den Namen Aurelius.

Stadt-Theater.

Stettin, 29. März. Nur ein Stück hat die Liebe geschrieben und das ist „Romeo und Julie“, sagt irgendwo ein geistreicher Mann, doch so recht er auch haben mag, das Lied des „ewig weiblichen“ erkönt im „Haust“, Shakespeare und Goethe haben daran gedichtet, ein Kompositist sie beide in Musik gesetzt, und mehr bürgert sich jedes in die Herzen seiner Zuhörer ein und zieht uns hinan. Je fester aber so die Auffassung des Gounod'schen Orestes steht, um so gefährlicher mußte es erscheinen, daß eine so treffliche Darstellerin der schönen Helena, der schönen Galathee und ähnlichen „Schönen“ wie Frau Scherbarth-Ilse sich gerade an diese Rolle gemacht hatte. Indes bewies die Künst-

lerin gleich beim ersten Auftreten, beim Gange zur Kirche ein so inniges Verständniß ihrer Rolle, daß sofort alle Furcht vor einem etwaigen Mißgelingen verschwinden mußte, wie denn auch in der That durch die ganze Auffassung hindurch derselbe zarte Hauch edler Weiblichkeit wehte, den selbst das Anhängern des Schaudes, eine auch für andere Darstellerinnen gefährliche Scene, nicht zu trüben vermochte. Die Sänglerin zeigte somit eine gewiß seltene Vielseitigkeit, die es uns nur bedauern läßt, daß ihr gestriges Auftreten als vorletztes angekündigt war. Der gefangliche Theil der Rolle befriedigte durchaus, wie es ja bei den Stimmmitteln der Sängerin auch nicht anders zu erwarten stand und lag die Partie bloßwellen etwas hoch, so wußte Frau Scherbarth-Ilse doch alle ihr entgegenstehenden Schwierigkeiten ohne Mühe zu überwinden. Dennoch hat der Klang, den gerade die Tiefe ihrer Stimme entwickelt, den lebhaften Wunsch in uns erregt, sie auch einmal in einer Altpartie zu hören, und da wenigstens früher außer anderen noch die Azeena für ihr hiesiges Auftreten genommen war, so hoffen wir noch immer, sie in dem „Troubadour“ zu hören. Freilich würde dazu gehören, daß die Chöre ein wenig besser eingeübt würden, wie dies leider zur gestrigen Vorstellung geschehen war. Sungen sie hinter der Scene, so hörte man fast nichts, sangen sie aber auf der Bühne, dann gönnte man ihnen den vorzigen Ruheplatz. Ihr einziger Verdienst war sehr unfreiwillig. Als ihre Verlegenheit den höchsten Gipfel erreichte, entstand eine allgemeine Hektik, die wenigstens einigermaßen für den Gesang entschädigte. Schade, daß die sonst auch von den anderen Partien befriedigend gespielte Aufführung so gestört werden mußte.

Vermischtes.

— (Ländlich, sittlich.) Die „Italia“ erzählt folgenden Fall, welcher bei Ponto Landolfo vorgekommen sein soll: „Ein Juweller, welcher viele kostbare Gegenstände bei sich führte, hatte Aufnahme im Hause eines Prieesters verlangt. Bei Nacht hörte man klopfen; die Magd fragt: „Wer ist's?“ — und die Antwort lautet: „Der Richter“. Zwei Personen treten ein und stehen sie nieder, ohne daß sie einen Laut von sich geben konnten. Sie treten in das Zimmer des Prieesters und ermorden auch ihn. Der Juweller, durch das Geräusch erwacht, bewaffnet sich mit einem Revolver, stürzt sich auf die Mörder und tödtet sie. Als man sie näher ansah, waren es — der Richter und der Kanjlist des Ortes.“

Schiffsberichte.

Zwinnmünde, 28. März, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Hoffnung, Brunn, von Kopenhagen. Alize, Scharping; Minerva, Bahl, von Stolpmünde. Bertha Maria, Fendt, von Stebens. Wilhelmine, Scherpig, von Rügenwalde. St. Petersburg (SD), Plesow. Wind: ND.

Börsen-Berichte.

Stettin, 30. März. Witterung: prachtvoll. Temperatur + 6° R. Nachts — 3°. Wind ND.

An der Börse. Weizen anfangs höher, schließt matt, per 2125 Pfd. loco 98—106 R., weißer 102—110 R., bunter 100—104 R., ungar. 94—102 R., 83—85 Pfd. gelber Frühjahr 105½, 106 R. bez. u. Ob., Mai-Juni 104½ R. bez. u. Ob.

Roggen loco schwer veräußlich, Termine wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco 72—76 R., schwerer 77½ R. bez. Frühjahr 75, 74 ¾ R. bez., 74½ R. bez. u. Ob., Mai-Juni 74½ R. bez., Br. u. Ob., Juni-Juli 73½ R. bez. u. Ob., Juli-August 68 R. nom., September-Oktober 66 R. bez.

Gerste behauptet, pr. 1750 Pfd. loco Oberbruch 53 R. bez., schlesische und mährische 54—55½ R. bez., Frühjahr 69—70 Pfd. 54 R. bez. und Br.

Häfer loco per 1300 Pfd. galizischer 35 R. bez., schlesischer und polnischer 37, 37½ R. bez., eine abgegangene Anmeldeung 37½ R. bez., Frühjahr 47—50 Pfd. 37½ R. bez., Mai-Juni 39 R. bez., Juni-Juli 40 R. bez.

Erbsen schwer veräußlich, per 2250 Pfd. loco Futter 65—67 R., Koch 68—71 R. bez.

Rübsöl wenig verändert, loco 10½ R. bez., Sonnabend mit Faß 10½ R. bez., März 10½ R. bez., April-Mai 10½, 11 R. bez., 10½ R. bez., Sept.-Oktober 10½ R. bez. u. Ob., Mai-Juni 6½ R. bez., 6½ R. bez., Juli-August 6½ R. bez., 6½ R. bez., Sept.-Oktober 6½ R. bez., 6½ R. bez.

Spiritus stille, loco ohne Faß 20½, 21 R. bez., Frühjahr 20½, 20½ R. bez., Mai-Juni 20½ R. bez., Juli-August 21 R. bez., Juni-Juli 20½ R. bez., Juli-August 21 R. bez.

Leinsaat Bernauer 12½, 13 R. bez. u. Ob. Angemeldet: 50 Wisp. Roggen, 100 Wisp. Häfer, 20,000 Dtl. Spiritus.

Regulirungs-Preise: Weizen 105, Roggen 74½, Rübsöl 10½, Spiritus 20½.

Stettin, den 30. März

Hamburg	6 Tag.	151½ bz	St. Börsenhaus-O.	4
Amsterdam	2 Mt.	—	St. Schanisch-O.	5
London	8 Tag.	143½ G	Pom. Chausseeb.-O.	5
Paris	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5
London	10 Tag.	6 25½ bz	Pr. National-V.-A.	4
Paris	3 Mt.	6 24½ B	Pr. Sec.-Assouranz	4
Paris	10 Tag.	81½ G	Pomerania	4
Bremen	2 Mt.	—	Union	4
St. Petersburg	3 Mt.	—	St. Speicher-A.	5
Wien	3 Tag.	—	Ver-Speicher-A.	5
Wien	8 Tag.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	N. St. Zuckerind.	4
Sta.-Anl. 5457	4½	—	Mesch. Zuckerfabrik	4
St.-Schl. 3½	—	—	Bredower	4
P. Präm.-Anl. 3½	—	—	Walzmühle	5
Pomm. Pfäbr. 3½	86½ B	—	St. Portl.-Cementf.	4
„Rentenb.	4	—	St. Dampfschlepp G.	4
Ritt. P.P.B.A.	4	—	St. Dampfschiff-V.	5
Berl.-St. E. A.	4	—	Neue Dampfer-C.	4
„Prior.	4	—	Germania	100 B
Starg.-P. E. A.	4½	—	Vulkan	120 bz
„Prior.	4	—	St. Dampfmühle	4
St.-Stadt-O.	4½	94 B	Pommersd. Ch. F.	4
			Chem. Fabrik-Ant.	4
			St. Kraftdünge-P.	4
			Gemeinn. Baugos.	5